



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 83
Fernschreiber 0885890

P/XII/254 - 6. November 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

UNO-Abrüstungskommission erweitert	S.1
Frankreich hat wieder eine Regierung	S.2
Blickpunkt Hamburg	S.3
Sozialpolitik - klein geschrieben	S.5
Von Bonn nach Berlin / Buchbesprechung	S.7
Otto Brenner - 50 Jahre	S.9

Kompromiss

sp- Über Nacht ist es in New York aufgrund eines Vorschlages von Kanada und Indien zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union zu einem Kompromiss über die Erweiterung der UNO-Abrüstungskommission von 12 auf 22 Mitglieder gekommen. Bekanntlich hatte die Sowjet-Union am Montagabend ihren Rückzug von der Abrüstungskommission mit der Begründung angekündigt, der Westen wolle hinter dem Schleier komplizierter und begrenzter Verhandlungen seine Aufrüstung weiter vorantreiben. Gleichzeitig hatte die Sowjet-Union vorgeschlagen, ein UNO-Abrüstungsparlament mit Beteiligung aller 62 UNO-Mitglieder zu schaffen.

Wenn eine politische Wertung des nunmehr erzielten Kompromisses jetzt schon möglich ist, dann dürfte es die sein: Die Vereinigten Staaten und die Sowjet-Union wollen am Verhandlungstisch bleiben. Keine der beiden Grossmächte will es auf einen Bruch ankommen lassen und beide sind ganz offenbar entschlossen, die UNO als Plattform der Diskussion über die Beilegung internationaler Konflikte zu erhalten. Dass Indien und Kanada in einer Situation höchster Spannung den Vermittlungsvorschlag einbrachten und dabei Erfolg hatten, ist ein gutes Zeichen.

Unter diesen Umständen gewinnt die am Dienstag im Deutschen Bundestag von Erich Ollenhauer an die Bundesregierung gerichtete Aufforderung, sie solle bei den befreundeten Staaten auf die Einberufung einer Gipfelkonferenz zur Erörterung der grossen internationalen Streitfragen drängen, ganz besondere Bedeutung. Gerade die Deutsche Bundesrepublik hätte alles Interesse daran, Kompromisslösungen im Ost-West-Konflikt in gleichen Masse zu fördern, wie es Indien und Kanada jetzt getan haben. Jedes Moment der Entspannung in der internationalen Politik sollte im Interesse der Sicherheit und der Erhaltung des Friedens von uns gefördert werden. Das wäre viel besser als die auch jetzt wieder von Bundeskanzler bestätigte Absicht, den Wahnsinn des Rüstungswettlaufes zu unterstützen.

* * *

"Gaillards grösste Chance ist seine Jugend"

-Paris-

Nun hat es der Radikalsozialist Felix Gaillard doch geschafft. Der neue 38-jährige Ministerpräsident konnte nach mehr als 4-wöchentlicher Regierungskrise die Mehrheit der Nationalversammlung für ein Kabinett erhalten, das sich aus allen Gruppen - ausser den Kommunisten und den Poujadisten - zusammensetzt. Die Pariser Morgenpresse ist sich einig darüber, dass Gaillards grösste Chance seine Jugend und die verzweifelte Wirtschafts- und Finanzsituation Frankreichs ist. Gaillard ist der jüngste französische Regierungschef seit hundert Jahren; er gilt also als "unbelastet". Die Wirtschafts- und Finanzsituation Frankreichs ist so verzweifelt, dass nur noch eine Regierung der "nationalen Koalition" mit Beteiligung aller demokratischen Parteien die Aussicht hat, eine Staatskrise zu vermeiden. Besonders an diesem Punkt hat Gaillard angesetzt, als er vor einigen Tagen begann, die einzelnen Parteiführer davon zu überzeugen, dass sie ihm das Vertrauen schenken müssten.

Es wäre aber falsch, zu vermuten, dass die Regierung Gaillard keinen Sprengstoff in sich trägt. Bekanntlich hat sich die sozialistische Partei nur mit einer äusserst knappen Mehrheit für die Regierungsteilnahme entscheiden können, was darauf schliessen lässt, wie stark ihre Vorbehalte gegen Gaillards Regierungsprogramm sind. Gewiss, man hat die Vorbehalte - besonders wirtschaftlicher Art - im Augenblick zurückgestellt. Bei der geringsten Schwierigkeit jedoch, so kündigten die Sozialisten an, würden sie das Kabinett wieder verlassen. Die Sozialisten sind also wieder einmal das "Zünglein an der Waage" in der Politik Frankreichs.

Nach Lage der Dinge wird Gaillard zunächst versuchen, die ständig steigende Preiswelle abzustoppen. Welche Mittel er dabei anwenden wird, ist noch nicht klar ersichtlich. Unklar ist auch noch, ob Gaillard mit den Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Vereinbarung über ein Stillhalteabkommen der bereits angemeldeten Lohnforderungen gelangen wird. Es gibt gewisse Anzeichen dafür, dass ihm die Gewerkschaften eine Galgenfrist einräumen wollen. Die Stabilisierung der Währung dürfte auch für Gaillard nicht anders zu erreichen sein als über die Aufnahme neuer langfristiger Kredite und gewisse Einschränkungen auf wirtschaftlichem Gebiet, deren Ausmasse allerdings noch nicht feststehen.

Auch das Algerienproblem harret seiner Lösung. Man vermutet, dass Gaillard erneut das bereits von der Nationalversammlung abgelehnte Algerienstatut in einer etwas verkünderten Fassung vorlegen will. Gegen diese Vermutung spricht allerdings die Beibehaltung des Algerienministers Lacoste, der sich in der Vergangenheit stets für eine "harte" Algerienpolitik eingesetzt hatte.

Vom europäischen Standpunkt ist die Beendigung der französischen Regierungskrise zu begrüssen, zumal in den Europaparlamenten und bei den kommenden Entscheidungen über "Euratom" und "Gemeinsamer Markt" Frankreichs Stimme nicht fehlen darf, wenn überhaupt ein Fortschritt erzielt werden soll.

Weltstadt braucht neue Führung

sp. Mit Beklemmung sieht die Hamburger CDU dem Abgang der am Sonntag fälligen Bürgerschaftswahlen entgegen. Nicht ohne Grund. Schon die Bundestagswahlen vom 15. September waren für die Hamburger CDU eine herbe Enttäuschung, wurde sie doch von der SPD weit überflügelt. Das prozentuale Verhältnis betrug 37,4 : 45,8 % zu Gunsten der SPD, ein Ergebnis, das nur noch vom Stadtstaat Bremen übertroffen wurde. Auf die Umfrage eines Meinungsforschungsinstitutes, welche Partei in der Bürgerschaft bisher die meisten fähigsten Köpfe aufweise, hatten sich 34 % für die SPD und nur 27 % für die CDU entschieden - keine besonders empfehlenswerte Visitenkarte für eine Partei, die immerhin in vier Jahren Gelegenheit hatte, ihr Können zu beweisen. So führt denn auch die Hamburger CDU zum Unterschied von der Bundes-CDU den Wahlkampf "ohne Köpfe"; was sie an Köpfen besitzt, damit lässt sich nicht viel Staat machen. Um so reichlicher ist die Hamburger SPD mit profilierten Gestalten ausgerüstet.

Vor vier Jahren waren die im "Hamburger Block" vereinigten Parteien (CDU/FDP/DP/BHE) geschlossen in den Wahlkampf gezogen. Es gelang dem Block, den damals sozialdemokratisch geführten Senat unter Bürgermeister Brauer zu stürzen. Die darauf folgende Periode bildet kein Ruhmesblatt in der Geschichte dieser Hansestadt. Die Pannen, die unter der Ära der Blockpolitik passierten, sind in der parlamentarischen Geschichte Hamburgs ohne Beispiel. Drei Senatoren mussten unter noch nicht geklärten Umständen das Feld vorzeitig räumen; kein Senat war jemals so skandalunwiderter wie der von Sieveking geführte, dem Sohn eines alten Hamburger Patriziergeschlechts, Rechtschaffen in seiner Natur, aber schwach in Entschlusskraft und unglücklich in der Auswahl seiner Mitarbeiter, liess er es in seiner Amtszeit geschehen, dass der Senat zu einem kraftlosen Organ herabsank, mit dem die Bürokratie umging, wie es ihr beliebte. Aber gerade Hamburg als Weltstadt bedarf einer kräftigen, einflussreichen und entschlossenen, der Zukunft zugewandten Leitung.

Die Aussichten der Hamburger Sozialdemokratie, an verantwortlicher Spitze wieder die Geschäfte dieser Millionenstadt zu leiten, sind gut. Sie verfügt über eine an reichen Erfahrungen und in der Praxis erprobte geschulte Mannschaft mit Max Brauer an der Spitze, dessen Name als Weltmann und Kommunalpolitiker Weltruf besitzt. Unter seiner Leitung vollzog sich der aus Schutt und Trümmern erfolgte Wiederaufbau der Hafenstadt, eine Leistung, die Bewunderung in In-

und Ausland hervorgerufen hat. Eine der wirksamsten und schändlichsten Wahlschlager der CDU im Bundestagswahlkampf, vom Bundeskanzler persönlich geprägt, muss vor den Bürgern dieser Weltstadt versagen. Kein CDU-Sprecher konnte es im Hamburger Wahlkampf wagen, den Wählern das Märchen vom Untergang aufzutischen, wenn die Sozialdemokratie wieder ans Ruder käme; die wiedererstandenen Hafenanlagen, die Errichtung neuer Stadtviertel, der Bau von Schulen und von Wohnungen für hunderttausende von Menschen sind sichtbarster Beweis für die schöpferischen Fähigkeiten sozialdemokratischer Männer und Frauen. Max Brauer als Verderber Hamburgs? - Das zieht nicht, das geht ins eigene Gesicht.

Vier Jahre Hamburger Blockpolitik liessen den Block zerfallen. Für seine ehemals eifrigen Befürworter ist es heute eine Belastung, ihm angehört zu haben. Hamburg gibt ein eindrucksvolles Beispiel dafür, dass sich auf die Dauer eine nur gegen die Sozialdemokratie gerichtete Konzentration der sogenannten bürgerlichen Kräfte nicht aufrechterhalten lässt. Inaktivität, persönliche Naderweien und Zerrissenheit sind die unausbleiblichen Folgen. Keine Politik kann sich in Negativen erschöpfen. Eine Partei, die durch ihre Persönlichkeiten und durch ihre Zielsetzung sich so plastisch abhebt von Wankelmut, Opportunismus und Unfähigkeit wie die Hamburger SPD von der Hamburger CDU, hat das grosse Plus für sich, für die Allgemeinheit stellvertretend zu sprechen. Sie unterschätzt dabei nicht die Macht des Gegners. Er verfügt über die grösseren Finanzquellen. Es sind nicht nur deutsche. Unwidersprochen blieb die Behauptung des sozialdemokratischen Landesvorsitzenden Wittlinghoff, dass auch ausländische Gelder im Kampf um die Bürgerschaftswahlen investiert wurden. Die Hamburger CDU erwog zunächst die Beantragung auf Erlass einer gerichtlichen Verfügung, die Wiederholung dieser schwerwiegenden Behauptung unter Strafe zu stellen, unterliess es aber, weil sie es scheut, ihre Buchführung offen darzulegen...

Es ist das Ziel der Hamburger Sozialdemokratie, der alten Hansestadt eine neue Führung zu geben und die Stadt an der Elbe einer neuen Blütezeit entgegenzuführen. Sie besitzt die Männer und Frauen, die es verwirklichen können. Dass die Hamburger SPD bereit ist, im Falle eines Sieges die Tür zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften in einer Koalition offenzuhalten, bezeugt ihre Weitsicht und einen weltoffenen Geist, wie er der Hamburger Tradition entspricht.

Auch in der Sozialpolitik keine neue Idee

nm. - Wohl selten sind Antworten auf innenpolitische Fragen so vage und simplifiziert ausgefallen, wie dies in der Regierungserklärung und auch in der Rede des Fraktionssprechers der CDU, Dr. Krone, geschehen ist. Dies gilt insbesondere für den sozialpolitischen Teil der Ausführungen des Bundeskanzlers. Wer angesichts der Fülle der Probleme glaubte, eindeutige richtungweisende Ankündigungen zu erhalten, sah sich enttäuscht. Die Gründe für das Ausbleiben einer umfassenden sozialpolitischen Konzeption seitens der Regierung liegen auf der Hand. Der Mangel an eigenen Vorstellungen und die geringe Neigung, die Lösung sozialpolitischer Fragen ernsthaft anzustreben, dürften hierbei die hauptsächlichsten Motive gewesen sein.

Schon vor vier Jahren, in der damaligen Regierungserklärung, wurde den Deutschen Volk die Durchführung einer "umfassenden Sozialreform" versprochen. Was aus diesem Versprechen wurde, ist hinreichend bekannt. Bis zum Sommer 1954 geschah praktisch nichts. Der für diese Aufgaben berufene Beirat beim Bundesarbeitsministerium wurde durch die Ministerialbürokratie behindert und konnte erst nach parlamentarischen Interventionen seitens der SPD mit seiner Arbeit beginnen. Statt dass dann aber auf die vorgelegten Vorschläge des Beirates oder anderer Organisationen eingegangen wurde geschah wieder nichts, bis endlich, nach der Initiative der SPD, in letzter Minute, mit dem Blick auf die Wahlen, wenigstens den Fragen der Renten Neuordnung näher getreten wurde.

Jetzt heisst es in der Regierungserklärung, die Sozialreform wird fortgeführt werden. Was soll überhaupt fortgesetzt werden? Ist man schon wieder bei der Vorbereitung einzelner isoliert betrachteter Gesetze? Man spricht von der Krankenversicherungs- und Unfallversicherungsreform und der Korrektur der "etwa zu Tage getretenen Mängel in der bisherigen Gesetzgebung". Kann man angesichts der bisherigen Entwicklung der Äusserung "die Sozialreform wird sich jedoch nicht in einer Neuordnung der Rentenversicherung und dem Ausbau solidarischer Sicherungseinrichtungen erschöpfen können" Glauben schenken? Wer gutgläubig hieraus mehr herauslesen will, als gefällige nichtssagende Deklamationen, sollte sich über folgendes einige Gedanken machen.

Vom 21. bis 23. November 1957 findet der diesjährige Fürsorgetag in Essen statt. Berufene Vertreter aus Wissenschaft und Praxis wollen über die Neuordnung des Fürsorgerechtes beraten. War es daher vermessen, auch zu dieser Frage einige grundsätzliche Ausführungen zu erwarten? Ist etwa das Gerede vom Wohlfahrtsstaat, wie es noch auf dem Hamburger Parteitag der CDU zu hören war, der Grund für das Schweigen des Kanzlers? Das theatralische "die Bundesregierung ist entschlossen, den Gedanken der Selbsthilfe und privaten Initiative in jeder Weise zu fördern und das Abgleiten in den totalen Versorgungsstaat zu verhindern" ist doch wohl keine hinreichende Auseinandersetzung mit so wichtigen Fragen.

Nach dem Willen des Kanzlers heisst das Arbeitsministerium jetzt Ministerium für Arbeit und Sozialordnung. Als Begründung wird gesagt, das Ministerium habe eine Erweiterung seines Aufgabenbereiches erfahren. Offensichtlich aber ist dieser neuen Regierung Adenauer auch hier wieder entgangen, dass, z.B. in Zusammenhang mit der angekündigten Reform der Krankenversicherung, doch wohl auch den Fragen der Gesundheit eine bedeutende Rolle zukommen wird. Von Gesundheit wird nur am Rande gesprochen. Auf die Empfehlungen, vor allen aus dem Bereich der Ärzteschaft, die sich eingehend mit der verstärkten Berücksichtigung gesundheitspolitischer Fragen befassen, wurde überhaupt nicht eingegangen. Gesundheitspolitik wird also offensichtlich nach wie vor klein geschrieben. Die Liste der nicht erwähnten Probleme, allein aus dem Bereich der Sozialpolitik, könnte beliebig verlängert werden. Wer es nicht wahr haben will, vergegenwärtige sich den Umstand, dass der Bundeskanzler von Mängeln des verabschiedeten "Lohnfortzahlungsgesetzes" spricht. Mit einigen Kopfschütteln muss man fragen, was er dann hier berichtigen will, da der zweiten Deutsche Bundestag nur ein Krankengeld-Erhöhungsgesetz verabschiedete und die von der SPD und von den Gewerkschaften geforderte Lohnfortzahlung bekanntlich von der CDU/CSU abgelehnt wurde.

Alles in allem darf für den sozialpolitischen Inhalt der Regierungserklärung festgestellt werden, dass es sich um einen kümmerlichen Auftakt für die dritte Legislaturperiode handelt.

Von Bonn nach Berlin

H.B. "Es kommt jetzt darauf an, dass der in Berlin konstituierte dritte Bundestag, dass aber auch die Länder und die Städte, die Parteien und Organisationen, die Träger der öffentlichen Meinung und die aus eigener Verantwortung tätigen Mitbürger neue Anstrengungen machen, um Berlin wieder zu dem zu machen, was es Deutschland wegen werden muss."

Mit diesen Worten schliesst das neue Werk des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt: "Von Bonn nach Berlin".* Mit diesen Worten beginnt zweifellos ein neuer Abschnitt in einem Ringen, das weit mehr als ein "Kampf um Berlin" ist.

Denn die Aussage des folgenden Absatzes aus der Einleitung zu Willy Brandts neuem Werk kann man auch umkehren:

"Die Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit hängt nicht nur davon ab, dass die aussenpolitischen Voraussetzungen geschaffen werden, ohne die sie nicht erreicht werden kann. Die Wiedervereinigung auf dem Boden der Freiheit setzt auch innere Bedingungen voraus, die zu einem wesentlichen Teil noch nicht vorhanden sind. Zu diesen innerdeutschen Bedingungen gehört der unbeugsame Wille der breitesten Schichten des Volkes, sich mit dem Zustand der widernatürlichen Zerklüftung niemals abzufinden; dazu gehört ein unablässiges Bemühen, die deutsche Wirklichkeit im Zustand der Ost-West-Spaltung zu erfassen; dazu gehört alles, was den Zusammenhalt zwischen den Menschen in den beiden Teilen Deutschlands zu wahren und zu fördern geeignet ist; dazu gehören ernstgemeinte gedankliche Beiträge, um die gesamtdeutschen Aufgaben von morgen lösen zu können. Es gehört dazu aber auch eine unmissverständliche Haltung des Volkes und seines provisorischen Staatswesens gegenüber der Hauptstadt Berlin."

Umgekehrt ist folgendes richtig:

"Durch die Haltung zur Hauptstadt konnte, kann und könnte nämlich nachgewiesen werden, wie ernst wir es mit dem Anspruch des Volkes auf seine Einheit meinen und wie sicher sich diejenigen, die das Volk und den Staat vertreten, ihrer Sache sind." Wie sicher sind sich die ihrer Sache, die sich in Bonn etablieren? Und ist für diejenigen, die mit aller Gewalt nach Bonn wollten, Berlin und das mit ihm verbundene Bekenntnis zu Gesamtdeutschland überhaupt 'ihre Sache'?"

Es ist nun schon fast fünf Jahre her, seit Ernst Reuter die bitteren Worte sprach, dass "die grösste politische Fehlentscheidung dieser

* Willy Brandt, "Von Bonn nach Berlin", eine Dokumentation zur Hauptstadtfrage; in Zusammenarbeit mit Dr. jur. Otto Jhlitz, Regierungsrat, und Horst Kober, Regierungsrat; 176 Seiten, gebunden DM 8.90; Arani-Verlag, Berlin.

Jahre die Verlegung der provisorischen Hauptstadt an das linke Ufer des Rheins gewesen ist". Und noch ist nichts geschehen, um diese Fehlentscheidung zu korrigieren, obwohl es doch schon über acht Jahre her ist, dass der erste deutsche Bundestag in seiner ersten Sitzung (nach einem SPD-Antrag) mit überwiegender Mehrheit den Beschluss fasste: "Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands. Er erklärt feierlich vor aller Welt, dass nach dem Willen des deutschen Volkes Gross-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und ihre Hauptstadt sein soll."

Mit der Entwicklung seit 1949 befasst sich der erste Teil des Buches. Der Hauptstadtdebatte der Jahre 1956/57 ist der zweite Teil gewidmet, der sich - höchst aktuell - mit den rechtlichen, den praktisch-technischen und den politischen Bedenken gegen die Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin auseinandersetzt und den Nachweis erbringt, dass eine Reihe von Einwänden nur Vorwände sind. Der dritte und letzte Teil handelt von den politischen Notwendigkeiten, den praktischen, insbesondere baulichen Voraussetzungen der Verlegung von Bundesoberbehörden und Bundesministerien und beantwortet - mit Zahlen belegt - die Frage, welche Bundesbehörden jetzt schon nach Berlin verlegt werden könnten.

Über die Verlegung von Bundesbehörden wurde schon in der 51. Bundestagssitzung debattiert - Ende März 1950! Bei der Beratung des Haushalts für das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen warf die Opposition dem Ministerium vor, dass es in dieser Hinsicht versagt habe. Wilhelm Mellies erklärte damals für die SPD:

"Unter der Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin verstehen wir dabei nicht nur, dass dort gewisse Zweigstellen errichtet werden, sondern eine durchgreifende Wirkung kann eine solche Aktion nur dann haben, wenn man wirklich die Behörden vollständig nach Berlin verlegt und damit klar und eindeutig zum Ausdruck bringt, dass für die deutsche Bundesrepublik Berlin immer noch die Hauptstadt ist."

Mit Worten, die nichts von ihrer Gültigkeit eingebüsst haben, setzte sich Wilhelm Mellies auch mit solchen Beamten auseinander, die eine gewisse Furcht zu beschleichen scheine, wenn sie daran dächten, in Berlin tätig sein zu wollen:

"Wer sich fürchtet, in Berlin als Beamter tätig zu sein, sollte sich hüten, im Westen Deutschlands eine Beamtenstelle anzunehmen. Denn die Auffassung, dass hier im Westen eine grössere Sicherheit bestehe als in Berlin, ist doch letzten Endes nicht viel mehr als eine optische Täuschung. Das Schicksal Berlins wird auch das Schicksal Westdeutschlands sein. Darüber sollte an keiner Stelle irgendein Zweifel bestehen."

Otto Brenner - 50 Jahre

sp- Der Mann an der Spitze der grössten deutschen Industriegerwerkschaft, der IG-Metall, Otto Brenner, wird am 8. November 50 Jahre alt. Er ist relativ jung in dieses hohe Amt gekommen, das in der Gewerkschaftsbewegung traditionell nur sehr abgeklärten und erfahrenen Männern übertragen wird. Abgeklärt, ruhig, ohne überschäumendes Temperament, aber zielbewusst und sicher in der Wahl seiner Mittel und Mitarbeiter; illusionslos, aber beharrlich und auf billige Effekte verachtend, das waren und sind die Eigenschaften, die ihm Vertrauen erwarben und die ihn in die verantwortliche Führung der Gewerkschaft der 1,6 Millionen Metallarbeiter erhoben.

Beurteilte man Otto Brenner und sein Wirken unter und mit den Metallarbeitern nach den Verlautbarungen seiner Gegner und der Häufigkeit, mit der die Publizisten ihre Federn auf ihn richten, so müste man einen persönlich bescheidenen und ruhigen Mann für den revolutionären und barrikadenküsternen Vorreiter der Gewerkschaften halten. Nichts wäre falscher! Was ihn auszeichnet, ist, dass er die Situation, in der er seine Tarifpartner an den Verhandlungstisch bittet, zuvor eingehend prüft, die verfügbaren Mittel abwägt und sie im geeigneten Augenblick in der Verhandlung - oder auch notfalls im Kampf - mit aller Schärfe einsetzt. Was ihn stark macht, ist, dass er sowohl die Grenzen seiner Gegner als auch die Grenzen seiner eigenen Mittel kennt. Das war vielleicht das Geheimnis seines bisherigen Erfolges.

Was das Vertrauen seiner Metallarbeiter zu ihm rechtfertigt, ist aber auch, dass er die Gewerkschaften auf ihre ursprüngliche Aufgabe zurückverwies, kämpferisch für die Lebenshaltung und die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeitnehmer wirksam zu sein. Lange haben die Gewerkschaften in den Jahren des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft, wie auch ihrer eigenen Organisation und in der Bereitstellung ihrer Mittel für künftige soziale Auseinandersetzungen Zurückhaltung geübt. Das haben die Gegner oft als Schwäche ausgelegt, als Verbeamtung des Gewerkschaftsapparates angesehen, die die Mittel der Gewerkschaften um Selbstzweck werden liess und die sie auf eine Stagnation der gewerkschaftlichen Entwicklung hoffen liess. Diesen Traum hat Otto Brenner gründlich zerstört; wobei nur natürlich war, dass die Metallarbeiter als die grösste Organisation am ehesten für den Kampf gerüstet waren. Von ihnen ging die Initiative zum Aktionsprogramm der Gewerkschaften aus und auf sie setzt die Deutsche Arbeitnehmerschaft die grösste Hoffnung. Der noch junge Gewerkschafter Otto Brenner, dem wir noch viele Jahre erfolgreichen Wirkens in der Gewerkschaftsbewegung wünschen, hat diese Hoffnung zu neuem Leben erweckt. Wir wünschen ihm in seiner Arbeit auch künftighin grossen Erfolg.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel